

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Vielfalt in Deutschland

Wie vielfältig sollte (kann)
aus Ihrer Sicht Deutschland sein?

Zeigen Sie „Flagge“?

Wenn ja wie?

Die Parteien antworten ...



SPD

SPD

Deutschland ist bereits sehr vielfältig. Vielfalt ist unsere Realität. Hierfür setze ich mich in meiner täglichen Arbeit auch vor Ort im Sauerland ein. Es muss sich allerdings auch gesetzlich auf Bundesebene widerspiegeln. Wir haben bereits die Ehe für alle durchgesetzt. Aber es ist auch klar, dass Verantwortung nicht vom Trauschein abhängt. Deswegen wollen wir vielfältige Familienmodelle rechtlich absichern und eine Verantwortungsgemeinschaft nach französischem Vorbild schaffen. Damit unterstützen wir beispielsweise Regenbogenfamilien darin, füreinander Sorge zu tragen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sich mehrere Menschen mit oder anstelle der biologischen Eltern um Kinder kümmern. Das Abstammungsrecht soll modernisiert werden und gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe und Adoption ermöglichen. Wir wollen eine rechtliche Gleichbehandlung und Absicherung von trans-, inter- und nicht binären Menschen und werden einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt gegen LSBTIQ* einführen und uns auch auf EU-Ebene dafür einsetzen. Die diskriminierende Richtlinie der Bundesärztekammer zur Blutspende sollte abgeschafft werden.

Unser Leben muss auf allen Ebenen auch für Menschen mit Behinderung inklusiv gestaltet werden. Wir wollen die Kommunen mit einem Bundesprogramm Barrierefreiheit dabei unterstützen, barrierefrei aus- und umzubauen. Das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung muss selbstverständlich werden und Menschen mit Behinderung sollen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Wir werden uns für eine Stärkung der Schwerbehindertenvertretung und Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe einsetzen. Wir wollen eine Anlaufstelle für Arbeiter*innen kleiner und mittlerer Unternehmen schaffen, die bei Fragen beispielsweise zur Barrierefreiheit und Lohnzuschüssen berät. (Dirk Wiese)



FWG

FWG

Deutschland ist Land der Vielfalt, wir sind vielseitig. Deutschland ist das bevölkerungsreichste Land der EU und eines der am dichtesten besiedelten Länder.

Dabei ist es vor allem wichtig, dass die verschiedenen Kulturen in Deutschland zusammenwachsen und dass man anderen Menschen mit Offenheit und Wertschätzung entgegen tritt.

Ich trete für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. (Sebastian Vielhaber)

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Vielfalt in Deutschland

Wie vielfältig sollte (kann)
aus Ihrer Sicht Deutschland sein?

Zeigen Sie „Flagge“?

Wenn ja wie?

Die Parteien antworten ...



Bündnis 90 Die Grünen – TEIL1

Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde und gleiche Rechte unverhandelbar sind, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft, in unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus und wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht.

Wir wollen das Leitbild „Einheit in Vielfalt“ zur Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft gesetzlich verankern, durch ein modernes Einwanderungsgesetz, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft, und einen Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, besetzt mit Vertreter:innen aus der (post)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung, die die unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt abbilden.

Wir werden für die Aufgaben zur Einwanderungsgesellschaft ein eigenes Ministerium schaffen. Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Bundespartizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremienbesetzungsgesetz reformieren. Staatliches Handeln soll auf unsere vielfältige Gesellschaft ausgerichtet sein und Gleichberechtigung sicherstellen. Wer hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen. In einem ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

Wir wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen, strukturellem und institutionellem Rassismus mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern, ergänzend zur überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll zur obersten Bundesbehörde aufgewertet werden – mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen. Ihre Leitung soll als Antidiskriminierungsbeauftragte:r vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wollen wir zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln, das Schutzlücken endlich schließt, Klagen gegen Diskriminierung für Betroffene vereinfacht und ein umfassendes Verbandsklagerecht einschließt, damit gegen Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann.

Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch in ihrer Verwaltung widerspiegeln. Dazu braucht es Strukturen und gezielte Förderung. Bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis sind nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten, diskriminierungskritische Organisationsentwicklungen in öffentlichen Behörden und Unternehmen durchzuführen und in den Unternehmensleitbildern das Ziel der Gleichberechtigung und der Repräsentanz diskriminierter Gruppen zu verankern, sowie diversitätssensible Weiterbildungen anzubieten. Wir werden verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen einführen. Das „Diversity-Budgeting“, also den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt besonders fördernden Weise, wollen wir voranbringen.

...

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Vielfalt in Deutschland

Wie vielfältig sollte (kann)
aus Ihrer Sicht Deutschland sein?

Zeigen Sie „Flagge“?

Wenn ja wie?

Die Parteien antworten ...



Bündnis 90 Die Grünen – TEIL 2

...

Wir treten für eine inklusive Gesellschaft gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention ein, in der Menschen mit Behinderung ihre Fähigkeiten und Talente selbst einbringen können. Mit einem „Barrierefreiheits-Gesetz“ wollen wir erreichen, das private wie öffentliche Anbieter:innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen zu umfassender Barrierefreiheit verpflichtet. Mit einem Gender-Check wollen wir prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. z.B. soll die Vergabe öffentlicher Aufträge auch Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, inter- und queere Menschen sollen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Dafür und gegen gesetzliche Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal setzen und den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität durch die Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen. Mit den Organisationen der Community werden wir einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen. Dazu gehören auch die institutionelle Förderung und Projektförderung der LSBTIQ:-Verbände, -Organisationen und -Stiftungen. Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. (Maria Tillmann)

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Vielfalt in Deutschland

Wie vielfältig sollte (kann)
aus Ihrer Sicht Deutschland sein?

Zeigen Sie „Flagge“?

Wenn ja wie?

Die Parteien antworten ...

Freie
Demokraten
FDP

FDP

Vielfalt ist unsere Stärke. Die Aufgabe ist Integration.

Deshalb haben wir vor dem Bundesverfassungsgericht für das Wahlrecht für Menschen unter Vollbetreuung gestritten. Deshalb haben wir für den breiten Einsatz von Assistenzhunden für Menschen mit Behinderungen gekämpft. Deshalb fordern wir barrierefreien ÖPNV und Bahn-Fernverkehr, weil barrierefreie Mobilität Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben ist.

Toleranz und Respekt gegenüber allen Menschen ist uns Freien Demokraten eine Herzensangelegenheit. Deshalb haben wir uns für ein Diskriminierungsverbot aufgrund sexueller Orientierung gemäß Artikel 3 Grundgesetz stark gemacht.

Deutschland ist seit jeher ein Einwanderungsland. Auch in Zukunft brauchen wir Zuwanderung. Experten sprechen von weit über 100.000 Arbeitskräften, die jedes Jahr aus Drittstaaten zuwandern müssen, um die offenen Stellen zu besetzen. Dabei geht es auch und besonders um Soziale Berufe, wie z.B. die Pflege. (Carl-Julius Cronenberg)

Die **PARTEI**

Die Partei

Solange Vielfalt nur ein Werbeslogan ist, kommen wir nicht voran. Wir wünschen uns vor jeder Kirche mindestens eine Regenbogenflagge.

Ansonsten sind in unserer Partei „Die PARTEI“ alle Menschen willkommen die sich gegen rechte Ideologie, soziale Ungerechtigkeiten, für einen satirischen Umgang mit politischen Themen einsetzen möchten und sich den Jahresbeitrag von 10 € leisten können! (Andreas Hövelmann)

CDU Herr Merz steht hinter den Forderungen im gemeinsamen Wahlprogramm der Union, Antworten des Parteivorsitzenden Armin Laschet oder von Generalsekretär Paul Ziemiak sind auch für ihn repräsentativ.

DIE LINKE. Trotz Nachfrage haben wir leider keine Rückmeldung der Partei erhalten.

Über die schriftlichen Rückmeldungen der Parteien hinaus haben einige Kandidat*innen auch Kontakt mit uns aufgenommen und das persönliche Gespräche gesucht bzw. Einrichtungen aufgesucht: Friedrich Merz (CDU) mit Christian Stockmann (Caritasverband), Maria Tillmann (Die Grünen) war zu Besuch im Lettershop (heftzwecke), Carlo Cronenberg (FDP) besuchte die Integrationsfirma sowie die Werkstatt Neheim und Dirk Wiese (SPD) war zusammen mit dem Staatssekretär Stefan Zirke im Mehrgenerationenhaus zu Besuch.